

Deutschland fehlt die Bereitschaft zum Wandel

Schäfer sich Schäfer am liebsten in der Pose des Mannes, der sich, fast selbstherrlich, kämpferisch charmanter, völlig und reiblich. Der Kanzler fühlt sich wohl im Mittelpunkt der Bundespressekonferenz. Unter ihm liegt ein Unbehagen in Hannover, vor ihm liegen Wochen der Entscheidung. Schäfer kennt diese Situation, in denen er unter Druck steht. Seit 2000, nachdem der liberale Kanzler ist, hat er sie mehrmals erlebt. Schäfer weiß, kein Mann ohne Passionen - auch Arbeit. Ob schon hat er diese Methode praktiziert und immer - wie damals bei der letzten Arbeit - als er die Hochwasserhilfe versprach - durchsichtig gelacht. Doch das scheint diesmal anders zu sein.

„Wenn jemand negativ betroffen ist, kann man nicht erwarten, dass er sagt, das Isser.“

Bundeskanzler Gerhard Schröder zu den Reformplänen

Nicht er allein ist seines Glückes Schmied. Schäfer ist abhängig. Um erfolgreich sein zu können, braucht er die Solidarität der Gesellschaft, vor allem aber seinen politischen Gegner, die Union. Nur mit ihrer Hilfe im Bundestag kann er seine Reformvorhaben umsetzen. Wenn die Opposition will, kann sie heute jedes seiner Vorhaben blockieren. Deshalb wird der Kanzler in diesen Tagen häufig nicht so glücklich, wie in der Macht. Dennoch Schäfer gerne hätte. Er spricht von „Josephinischen Entschlossenheiten“ und „Einsparungen mit der Opposition“. Bei Schäfer wird das Schicksal nicht so sehr an die Grenzen seiner Macht.

Deutschland wie gelähmt

Und damit stellt sich auch unser politisches System an seine Grenzen. Das Land braucht Reformen. Dringender denn je. Doch statt grundlegende Veränderungen auf dem Weg zu bringen und umzusetzen, wirkt Deutschland wie gelähmt. Es regiert der Befehlsstaat. Die jetzigen Bundesregierungen kann nicht Wichtiger beschließen, ohne die Zustimmung des Bundesrates, also ohne die Union, die derzeit über die Mehrheit in der Länderkammer verfügt.

Wie sinnvoll ist ein System, das sich selbst im Wege steht? Es ist sinnlos. Auch und gerade deshalb, weil das System für seine Fortentwicklung nicht braucht wird. Die Blockadehaltungen im Bundestag zeigen immer wieder, dass nicht Länderinteressen, sondern Parteiloyalität entscheidet. Dazu kommt unser System und knickt unter Gewicht. Nur eine Parlamentarierreform, die die Macht des Bundes gegenüber den Ländern stärkt, kann dieses Dilemma auflösen.

Großes Protestgeld

Reformen setzen allerdings auch die Bereitschaft zum Wandel innerhalb der Gesellschaft voraus. Zwar ist laut Umfragen die Mehrheit der Deutschen davon überzeugt, dass es so nicht weitergehen kann und strukturelle Veränderungen im Gesundheitswesen,



Schröder als Reformator: Die Widerstände gegen tiefgreifende Neinstellungen in der Gesellschaft sind groß. Auch Terminstrategien helfen da nicht weiter.

im Bereich der Bildung notwendig sind, scheitern es allerdings konkret wird, wenn Veränderungen mit Hindernissen verbunden sind, in das Protestgeld greift. Es gibt das Stück (bundesweite) Verteilung ja, aber nicht bei mir. Wenn jemand negativ betroffen ist, kann man nicht erwarten, dass er sagt, das Isser,“ wird auch Gerhard

Schäfer. Alle Interessengruppen, ob Gewerkschafter oder Unternehmer, stehen sich hier in nichts nach. Nicht immer hilft dabei der Satz von Hobbes, nur die Macht der Schwachen schützt sie vor der Tyrannei der Starken. Die enorme Reformlast, die die Bundeskanzler durchsetzen, führt nicht automatisch zu Reformen. Zunächst nicht in Deutschland.

Anderes National sind die Deutschen weit voraus. Vor allem in den skandinavischen Ländern wurden schon vor Jahren tiefgreifende Reformen auf dem Weg gebracht. Dort war die Gesellschaft bereit, Opfer zu bringen. Warum? Die Menschen vertrauen den Politikern. Der schwedische Ministerpräsident Göran Persson kündigte in seinem Wahlkampf 1998 die Einführung

des sozialen Netzes des maritimen Wahlleitens an, versprach aber gleichzeitig, dass es dann wieder aufgeben gehen würde. Die Wähler glaubten ihm und der Sozialdemokratie hielt sein Versprechen. Die schwedische Wirtschaft wuchs 2002 um 50 Prozent im Vergleich zum Vorjahr wurde Persson wiedergewählt. Schröder und Co. dagegen haben die Vertrauen der Wähler

verloren. Nach dem Regierungswahl 2002 war die Chance da, in wirtschaftlichen Krisenzeiten die Strukturen zu verändern. Aber bei Grün traut sich nicht. Zwischenzeitlich wurden Reformen wie Hartz oder Kurzarbeit und Entlassung für Arbeit geübt und teilweise für gescholten erklärt.

Heute lassen sich die Reformen nicht mehr aufhalten. Die letzten Wahlversuche, die Folgen einer abendlichen Gesellschaft immer mehr Jahre ziehen können weniger jungen Generationen und die Kosten der Altersversorgung haben unsere Sozialsysteme an den Rand des Ruins gebracht. Doch gerade jetzt ist sich die Bevölkerung schwer mit tiefgreifenden Veränderungen. Die Wirtschaft liegt am Boden, sie strengt sogar die Unkosten haben das Geld. Immer weniger in der Tasche zu haben und für alles immer mehr bezahlen zu müssen, folgt. Die Bundeskanzler haben Konsequenzen

Geringster Widerstand

Die Interessengruppen von der Ökonomie. Die Verhandlung von Details und Interessenrechnungen können nur Veränderungen des geringsten Widerstandes zu. Die Diskussion der letzten Wochen und Monate um die „Agenda 2010“ hat dies am besten gezeigt. Die Gewerkschaften gestalten mittlerweile ein, dass sie zu Recht als Blockade abgelehnt werden. Und die Unternehmen? Aus der Wirtschaft gibt es Stimmen, die sagen, dass auch Unternehmen den nötigen Reformen zustimmen können. Wilhelm Grieseler, Chef der internationalen Unternehmensberatung Coleman Consulting, er

„Wir müssen lernen, Ungleichheiten zu akzeptieren, und trotzdem versuchen, mehr Gleichheit herzustellen.“

Unternehmensberater Matthias Mading, führender SPD-Bundesgeschäftsführer

Miete im Wirtschaftswachstum (Juni 2002). Neben dem politischen Rahmenbedingungen müssen auch der Anteil der Wirtschaft an 50 Prozent des Bruttoinlandsprodukt wesentlich (immer diskutiert) werden.

Aus dieser Gelegenheit heraus kommt Deutschland nur im Zeitungsprogramm von Gleichheit. Jedoch macht sich Deutschland keine, dass es für manche Reformen bald zu spät sein könnte. Unschuldig hierbei ist, dass noch kein Grundkonsens gefunden wurde in der Frage: Was ist sozial gerecht? Kann jemand bestimmen, dass sich die Vermögensgruppen (überall) hat, weil es nicht mehr Brauch hat. „Wir müssen lernen, Ungleichheiten zu akzeptieren, und trotzdem versuchen, mehr Gleichheit herzustellen“, schrieb der führende SPD-Bundesgeschäftsführer und liberale Unternehmensberater Matthias Mading in der Tageszeitung „Die Welt“. Nur wenn sich die Gesellschaft zu einem solchen Grundkonsens überwindet, können sich die strukturellen Veränderungen für Reformen nachvollziehbar machen. (Kommunikation Seite 2) *Miguel Schifano*

„Die SPD muss erkennen, dass sich der Inhalt dessen, was sozial ist, verändert hat. Früher dachte man, wenn man über Sozialpolitik redete, an Verteilung, an bedürftige Gruppen. Diese Form der verteilenden Sozialpolitik ist obsolet. Man muss jetzt klar machen: Sozial verhält sich der, der Chancen stärkt.“

Bundeskanzler Gerhard Schröder zum Verständnis von sozialer Gerechtigkeit innerhalb der SPD und des Gesetzes und Möglichkeiten der künftigen Sozialpolitik

„Die Zeit des Verteilens ist vorbei“

Bundeskanzler Schröder verteidigt seine Reformpläne und verlangt von den Rentnern geringere Ansprüche

BERLIN. Die Deutschen müssen nicht gegenseitig werden, aber sie müssen erkennen, dass die Zeit des föhlichen Verteilens vorbei ist, appelliert Bundeskanzler Gerhard Schröder im hochrangigen SPD. In einem Exklusivinterview mit N24-Chefproduzentin Petra Hennig und ihrem Stellvertreter Axel Hoffhoff forderte er: Nicht die Deutschen seien schlechter geworden, aber „Agenda in Europa in der Welt, ist man besser geworden - und das heißt sich auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit“. Dazu sei es Aufgabe der „Agenda 2010“, festzustellen, was wir uns auf Grund der veränderten

wirtschaftlichen Bedingungen in sozialen Bereich nicht leisten können und wo wir überfordert sind? Deutschland muss mehr zur Verfügung haben, um es in der Bildung, zu investieren in Bildung in Bildung, und auch einmal Bildung. Dann in Erinnerung von Bildung, und zwar möglichst ganzheitlich. Die dritte Punkt ist: Wir müssen uns auf fairen Wettbewerb einrichten, und das heißt in Investitionen in Forschung und Entwicklung“ (Dafür werden man mehr Geld, das an andere Stelle eingepart werden müsse).

Deutschland befindet sich nicht in einer Rezession, betonte der Kanzler:

„Ich würde mir stagnieren durchrechnen, in den letzten vier Quartalen. Berufen auf die nächste Hälfte gibt es zwei kleine, aber wichtige Hinweise. Das es besser werden könnte. Diesen Aspekt muss man jetzt stärken.“

Fürher hätte die Wirtschaftsfach Deutschland immer wegen des Mangels an Reformen kritisiert. Inzwischen würde dort erkannt, dass wir das Notwendige tun. Bei uns braucht es noch die gewisse Zeit, die Frage der sogenannten „Generationengerechtigkeit“ sagt es, weil die Menschen heute länger leben brauchen, stärker die Sozialsysteme verändert werden - „als

es, das man Menschen Leistungen, die sie brauchen. Dies ist nicht sozial, das ist unsozial.“

„Aber es geht schon darum, dass ich zu machen, dass wir die Altersgruppen verändern müssen“ (Es müsse durch eine Eigenverantwortung erreicht werden. Schritte gehen jedoch über „Die Verteilung, zwischen Eigenvermögen und Umverteilung ist noch zu weitgehend eingeschränkt werden. Auch die Maßnahmenkonzepte sind zu optimistisch eingeschätzt werden“, sagte er. Daher würde man in Berlin „Möglichkeit unterbreiten, um dies in Ordnung zu bringen“. Das be

deutet, dass die Renten künftig nicht mehr wie in der Vergangenheit steigen werden. Schäfer: „Auch die Rentnerinnen und Rentner werden Ansprüche zurückgeben müssen“. Vor seiner Partei forderte Schäfer ein Verständnis in der politischen Leitlinie. Die SPD müsse erkennen, dass sich der Inhalt dessen, was sozial ist, verändert hat. „Früher dachte man, wenn man über Sozialpolitik redete, an Verteilung, an bedürftige Gruppen. Diese Form der verteilenden Sozialpolitik ist obsolet an ihr Ende gekommen. Man muss jetzt klar machen: Sozial verhält sich der, der Chancen stärkt.“